

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

17. WP - 9. Sitzung

am Dienstag, dem 8. Juni 2010, 9 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

i. V. von Susanne Herold

Wilfried Wengler (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

i. V. von Hans Müller

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Dr. Ralf Stegner (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/500	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/555	
<b>b) Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/451	
Antrag der Oppositionsfraktionen auf eine Sondersitzung des Ausschusses Umdruck 17/858 (neu)	
<b>2. Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Abg. Weber übernimmt den Vorsitz, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/500

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/555

**b) Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/451

(überwiesen am 21. Mai 2010)

Antrag der Oppositionsfraktionen auf eine Sondersitzung des Ausschusses  
Umdruck 17/858 (neu)

M de Jager teilt mit, weil es in der gegenwärtigen Haushaltslage schwerfalle, eine Festlegung zur Erreichung des 10 %-Ziels bis 2015 zu treffen, mit der eine erhebliche Mehrbelastung für Schleswig-Holstein einhergehe, habe er sich in der Sitzung der Kultusministerkonferenz am 27. Mai 2010 in München der Stimme enthalten. Am 28. Mai 2010 habe die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz in München mit der Stimme Schleswig-Holsteins beschlossen, ein besonderes Programm in Höhe von 2 Milliarden € aufzulegen, um die Qualität der Lehre zu steigern, das zu 90 % vom Bund finanziert werde und von dem ein Anteil von rund 2,8 % auf Schleswig-Holstein entfalle. Das Begehren der Landesfinanzminister, den Anteil des Bundes zur Umsetzung des 10 %-Ziels über die zugesagte Quote von 40 % der entstehenden Mehrausgaben hinaus durch eine Erhöhung der Umsatzsteueranteile der Länder aufzustocken, lehne der Bundesfinanzminister ab. In der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder am 10. Juni 2010 werde es darum gehen, ob das 10 %-Ziel tatsächlich bis zum Jahr 2015 erreicht werden müsse und ob die finanzielle Beteiligung des Bundes - zumindest für die finanzschwächeren Länder - erhöht werden könne, also die Finanzbezie-

hungen zwischen Bund und Ländern im Bereich Bildung und Wissenschaft unterhalb einer Verfassungsänderung neu zu diskutieren.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert der Minister, die Anwendung des Neuerschulungsverbots für die Landeshaushalte führe zwangsläufig zu der Frage, inwieweit man sich Aufgaben- und Ausgabenzuwächse in der in Rede stehenden Größenordnung leisten könne und die Quote von 60 % für die Länder, gerade für die finanz- und wirtschaftsschwächeren Länder, tatsächlich zu erreichen sei. Er gehe nicht von einem Scheitern des „Bildungsgipfels“ am 10. Juni 2010 aus.

Schleswig-Holstein werde sich weiter an die Verpflichtungen und Regeln des Hochschulpakts II halten und über die Anwendung des im Hochschulpakt vorgesehenen „Emissionshandels“ Gespräche mit anderen Bundesländern über die Übertragung von Studienplatzkontingenten aufnehmen. Wenn es nicht gelinge, im Rahmen des „Emissionshandels“ zu einer Abgabe von Studienplätzen zu kommen, werde es bei der von Schleswig-Holstein eingegangenen Verpflichtung bleiben, im Rahmen des Hochschulpakts II zusätzlich gut 9.000 Studienplätze zu schaffen. Er sei zuversichtlich, dass man die Zahl der Studienplätze, für die man gegengezeichnet habe, am Ende der Laufzeit des Hochschulpakts II tatsächlich erreiche.

Er gehe weiter davon aus, dass sich die schleswig-holsteinischen Hochschulen an dem von der GWK beschlossenen Programm, für das das Land keine zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stelle, angesichts des günstigen Finanzierungsschlüssels von 90 % zu 10 % beteiligten, zumal die Landesregierung neben einigen sektoralen Schnitten die Hochschulen so finanziert belasse, dass sie dazu in der Lage seien.

Zur Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik und einer eventuellen Grundgesetzänderung, die lange dauern und eine Zweidrittelmehrheit erfordern würde, gebe es keine Beschlussfassung der Landesregierung. Er gehe davon aus, dass in den Verhandlungen des „Bildungsgipfels“ am 10. Juni die Schleswig-Holstein von der Bundesregierung zugesagte Kompensation von 100 Millionen € erreicht werde. Die Anregung von Abg. Franzen über eine Bezuschussung der Schulsozialarbeit durch den Bund zu verhandeln, nehme er auf. Für den Doppelhaushalt 2011/12 sei eine Steigerung der Hochschulausgaben um 35 Millionen € vorgesehen, wesentlich bedingt durch Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, BAföG und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Die Haltung Schleswig-Holsteins zur Erhöhung des BAföG hänge von den weiteren Verhandlungen und der Prioritätensetzung ab. Die Haushaltsstrukturkommission habe empfohlen, in Lübeck die Mediziner Ausbildung auslaufen zu lassen und die Medizintechnik zu stärken. Die Entscheidung der Fraunhofer-Gesellschaft, mit der er in Kontakt stehe, ein Institut in Lübeck zu errichten, hänge davon ab, ob eine positive Evalu-

ierung vorliege und das Land seine vertraglich zugesicherten finanziellen Zusagen erfüllen könne.

Auf Fragen von Abg. Erdmann erwidert St Zirkmann, die Landesregierung habe nicht die Absicht, die vom Landesrechnungshof gemachten Vorschläge zur Änderung der Schulstruktur zu übernehmen. Die mit dem Pflichtstundenerlass durch die zusätzliche Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im höheren Dienst beziehungsweise das Nichtabsenken der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an den Schulen, die zum mittleren Bildungsabschluss führten, erzielten 450 Stellegegenwerte seien Bestandteil der bis zum Jahr 2020 abzubauenen 3.631 Lehrerstellen. Das Land könne es sich nicht leisten, Gelder für eine zusätzliche Daueraufgabe wie die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Personalstellenzuweisungsverfahren für das Schuljahr 2010/11 werde durch die Pflichtstundenerhöhung nicht verändert. Man begrenze den Stellenabbau pro Jahr, um in spürbarem Maße Neueinstellungen vorzunehmen und damit dem demografischen Wandel begegnen zu können.

(An dieser Stelle übernimmt Abg. Franzen den Vorsitz)

Es sei geplant, von den gegenwärtig 23.132 Lehrerstellen im Jahr 2011 300 Stellen einzusparen. Ein rechnerisch möglicher größerer Stellenabbau wäre schulpolitisch nicht zu verantworten. Eine Frage von Abg. Dr. Höppner zur Entwicklung der Zahlen für Lehrkräfte in Ausbildung werde er schriftlich beantworten.

Auf Antrag von Abg. Günther stellt der Ausschuss die Beschlussfassung über die Anträge zum Kooperationsverbot in der Bildungspolitik, Drucksachen 17/500 und 17/555, zurück. Den Bericht der Landesregierung Drucksache 17/451 nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Eine Frage von Abg. Erdmann zum **Pflichtstundenerlass** beantwortet St Zirkmann dahin, im Laufe des Anhörungsverfahrens mit dem Personalrat ändere sich der Pflichtstundenerlass nicht.
  
- b) Auf eine Frage von Abg. Thoroer teilt GF Schmidt mit, zum **Hochschulpolitischen Dialogforum** hätten noch nicht alle Hochschulen ihre Vertreterinnen und Vertreter benannt.

Abg. Franzen, schließt die Sitzung um 10:15 Uhr.

gez. Jürgen Weber    gez. Heike Franzen    gez. Ole Schmidt

Abg. Weber            Abg. Franzen            Geschäfts- und Protokollführer